

WIRTSCHAFTSETHIK ALS METHODISCHES PROBLEM DER ÖKONOMIK:

Die Herausforderung der Ökologischen Ökonomie

1. Zur Einführung

In einem frühen Versuch zu einer zusammenfassenden Darstellung des neu entstandenen Gebiets ecological economics hat R. Costanza (1991) diese Ökologische Ökonomie zutreffend als science and management of sustainability, als Lehre von der Nachhaltigkeit charakterisiert. Indem diese neu entstandene Disziplin sich mit guten Gründen auf das Konzept der Nachhaltigkeit (sustainability) zentriert, nimmt sie einen Begriff auf, der in gewisser Weise der ökonomischen Tradition seit Adam Smith (1723 - 90) und Vilfredo Pareto (1843 - 1923) diametral entgegensteht, weil er gerade die von jenen Ökonomen mit guten Gründen geforderte Trennung von Allokation und Distribution ebenso grundsätzlich in Frage stellt wie die Annahme unbeschränkten Wachstums im progressive state. Smith beabsichtigte tatsächlich, in aristotelischer Tradition das "trivium" von Ethik, Ökonomie und Politik zu beschreiten – und tatsächlich hat er auch die beiden ersten Bücher – "Theorie der ethischen Gefühle" (1759) und "Der Wohlstand der Nationen" (1776) – mit großem Erfolg publiziert. Danach aber war es ihm durch seine Neufassung von Ökonomie als Lehre von der Schaffung und Mehrung des Reichtums der Nationen unmöglich geworden, die traditionelle Frage der "distributiven Gerechtigkeit" noch materiell zu behandeln; demzufolge ließ er auch alle Manuskripte – eben vermutlich zu seinem geplanten Buch über "Politik", das nach seinen Angaben einen umfangreichen Abschnitt über "justice" enthalten sollte – kurz vor seinem Tod durch seine Bediensteten verbrennen. Noch ein

halbes Jahr vor seinem Ableben schreibt Smith im Vorwort zur Ausgabe letzter Hand seiner "Theorie der ethischen Gefühle", er hoffe trotz seines fortgeschrittenen Alters immer noch, dieses Buch herausbringen zu können. Indem er aber die traditionelle Verteilungsfrage durch das Problem der Schaffung von Reichtum ersetzte, konnte er keinen umfassenden Begriff von Gerechtigkeit mehr entwickeln. Soweit wir es aus den studentischen Mitschriften zu seinen "Lectures on Jurisprudence" erschließen können, hat Smith nur eine sehr enge Konzeption von "justice" als Einhaltung und Durchsetzung geltenden (Eigentums-)Rechts vertreten (vgl. Nutzinger 1991).

Es sollte kein Zweifel daran bestehen, dass die Konzentration auf Allokations- und Effizienzaspekte bei gleichzeitiger Ausblendung der Verteilungsproblematik eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung ökonomischen Denkens war und insofern durchaus einen Beitrag zu wissenschaftlichem Fortschritt darstellt. Die Ökonomik, wie auch andere Einzelwissenschaften, entstand eben gerade dadurch, dass sie bewusst bestimmte Aspekte der Realität ausblendete und damit in einem reduzierten Modellrahmen zu disziplinärer Entwicklung und Erkenntnisfortschritt befähigt wurde. Es war wohl unvermeidlich, die mittelalterliche Einheit von Allokation und Distribution aufzubrechen, wie sie sich etwa im scholastischen Konzept des "pretium iustum", des gerechten Preises, manifestierte (vgl. auch Daly 1992, S. 109). Einen wichtigen Beitrag zu dieser "Lösung" – man sollte besser sagen: Fassung – des Wertproblems in den Sozialwissenschaften hat Max Weber (1904, S. 150) geleistet, indem er "dem Handelnden die Möglichkeit der Abwägung dieser ungewollten gegen die gewollten Folgen seines Handelns und damit die Antwort auf die Frage [bietet]: was ‚kostet‘ die Erreichung des gewollten Zweckes in Gestalt der voraussichtlich eintretenden Verletzung *anderer* Werte?" Dieses von Max Weber hier formulierte Alternativkostenprinzip bildet den Kern der modernen Standardökonomik.

Stellt nun die erneute Einbeziehung von Verteilungsfragen in den ökonomischen Diskurs einen Rückfall in längst überwunden geglaubtes mittelalterliches Denken dar? Ich will im Folgenden argumentieren, dass es sich hierbei um etwas grund-

sätzlich anderes handelt, nämlich um die Notwendigkeit, die ursprünglich sinnvolle, ja vermutlich sogar historisch notwendige Ausblendung von Verteilungsfragen nun auf einer höheren Stufe ökonomischer Reflexion wieder "aufzuheben", und zwar im bekannten dreifachen Wortsinne Hegels. So wichtig aus innerwissenschaftlichen Gründen die vorläufige Suspension der Distributionsfrage aus dem ökonomischen Denken gewesen sein mag, sie ändert nichts daran, dass Verteilungsfragen ein wesentlicher Teil unserer sozialen Realität und des Bewusstseins der Menschen auch in entwickelten Marktgesellschaften sind. Wie tief verwurzelt trotz allem methodologischen Individualismus und aller Beschränkung auf Effizienzurteile Gerechtigkeitsfragen im Bewusstsein der Menschen bis heute sind, zeigt nicht zuletzt die umweltökonomisch-ökologische Debatte, wenn etwa gegen den Einsatz ökologisch orientierter Steuern von Seiten betroffener Industrien geltend gemacht wird, sie seien "ungerecht", weil sie gerade jene Sektoren belasteten, die schon in der Vergangenheit große Anstrengungen zum Schutze der Umwelt unternommen hätten und die überdies in den vergangenen Jahrzehnten wesentliche Träger unseres wirtschaftlichen Wohlstandes gewesen sind. Umgekehrt lässt sich der Erfolg des US-amerikanischen "Acid Rain"-Programms, das mit dem verwandten Instrument der handelbaren Umweltnutzungsrechte ("allowances") operiert, vor allem damit erklären, dass auf einen distributiven Aspekt, nämlich den Schutz faktischer Besitzstände, besondere Rücksicht genommen wurde, indem die Erstzuteilung dieser Nutzungsrechte im Wesentlichen auf der Basis historisch herausgebildeter Emissionen (durch "grandfathering") erfolgte.

Das methodische Problem, um das es vor allem in der Ökologischen Ökonomie geht, ist die für jede Einzelwissenschaft immer wieder neu zu stellende Frage, ob und wie es ihr gelingt, zunächst in ihren Modellen ausgeblendete Teile der Realität auf "höherem Niveau" wieder in die disziplinäre, fachwissenschaftliche Untersuchung einzubeziehen. Die in den letzten zehn Jahren entstandene Ökologische Ökonomie lässt sich in der Tat auch am besten als ein Versuch verstehen, diese Wiedereinbeziehung der Distributionsproblematik aus ökologischer Perspektive nicht nur einzufordern, sondern selbst zu leisten,

mindestens aber entscheidend voranzubringen. Da es aber im ökologischen Diskurs nicht um Verteilung als solche geht, sondern um das Distributionsproblem zwischen heutigen und künftigen Generationen einerseits und den Menschen des "reichen Nordens" und des "armen Südens" andererseits, muss auch ein dritter, bisher nicht erwähnter Gesichtspunkt zur Geltung kommen, nämlich der des Ausmaßes (scale) der Wirtschaft, das über den physischen Naturverbrauch entscheidet.

Um Ihnen ein etwas klareres Bild vom Kern der "Ökologischen Ökonomie" zu geben, will ich ihren Kernbegriff, die Nachhaltigkeit (sustainability), anhand von vier Nutzungsregeln ein wenig präzisieren (vgl. dazu die folgende Übersicht auf S. 81).

**"Nutzungsregeln"
als Konkretisierung von Nachhaltigkeit**

- R1** **"sustainable yield"**: bei erneuerbaren Ressourcen darf die Abbaurate die Regenerationsrate nicht übersteigen;
- R2** **"sustainable waste disposal"**: Abfallmengen bzw. Schadstoffemissionen dürfen die Assimilationskapazität der Umwelt nicht übersteigen;
- R3** **"Quasi-Nachhaltigkeit"**: Der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen muss ausgeglichen werden:
- durch eine entsprechende Zunahme des Bestandes erneuerbarer Ressourcen bzw. des Bestandes an Technologie zur Nutzung erneuerbarer Ressourcen und/oder
 - durch eine Effizienzsteigerung bei der Nutzung erschöpfbarer Ressourcen derart, dass dadurch das Nutzungspotential des verringerten Bestandes mindestens ebenso groß ist wie das Nutzungspotential des ursprünglichen Bestandes ohne technischen Fortschritt und/oder
 - durch den Ersatz knapper erschöpflicher Ressourcen durch reichlicher vorhandene, aber ebenfalls nicht erneuerbare Ressourcen mit der Perspektive eines Zeitgewinns für den Übergang zu entsprechenden regenerierbaren Ressourcen.
- R4** **"Finanzierungsregel"**: Die Renten aus dem Einsatz erschöpflicher Ressourcen sind für die Entwicklung alternativer Technologien zu verwenden, die (ausschließlich oder vorrangig) auf erneuerbare Ressourcen zurückgreifen.

2. Allokation, Distribution, Ausmaß

Herman E. Daly (1992) hat eine ökologisch sinnvolle Differenzierung zwischen drei zentralen Zielen ökonomischen Handelns vorgenommen, indem er unterschied zwischen Allokation als relativer Aufteilung der Ressourcenströme auf alternative Verwendungsrichtungen (Güter und Dienstleistungen) auf der einen Seite und andererseits der Distribution als relativer Aufteilung der Ressourcenströme, wie sie sich in den produzierten Gütern und Dienstleistungen darstellen, auf unterschiedliche (heute und künftig lebende) Menschen. Dieser wohl bekannten Zweiteilung fügt er nun noch eine dritte Komponente hinzu, nämlich das Ausmaß (scale), unter dem er den physischen Umfang des Durchsatzes versteht, den Strom von Materie und Energie aus der Umwelt als niedrigentropische Rohmaterialien und zurück zur Umwelt als hochentropische Abfälle. Man kann sich dieses Ausmaß als das Produkt aus Bevölkerung mal Ressourcenverbrauch pro Kopf vorstellen. Daly sieht das reale Bruttosozialprodukt – man muss hinzufügen: bei gegebener umweltbelastender Wirtschaftsweise – als den vielleicht besten Indikator für das Ausmaß dieses Durchsatzes (throughput). Das Ausmaß der Wirtschaft als Zielgröße der Wirtschaftspolitik zielt auf die Erfassung - und unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit auf die Begrenzung - des physischen Naturverbrauchs, wie er sich vor allem in der Energie- und Ressourcenintensität unseres Wirtschaftens widerspiegelt.

Während die mainstream economics durchaus die Existenz und die prinzipielle Berechtigung von Distributionsproblemen akzeptiert und diese nur aus vielerlei Gründen - vor allem aber wegen der angeblichen Unschärfe von Konzepten distributiver Gerechtigkeit - an den Rand ökonomischer Analyse gedrängt hat, ist ihr die Anerkennung vom Ausmaß des Wirtschaftens (scale) als selbständige Zielkategorie vollkommen fremd, ja strukturell zuwider: Für sie ist Ausmaß nichts anderes als ein allokatives Spezialproblem, das sich dann ergibt, wenn zuvor freie Naturgüter infolge wirtschaftlichen Wachstums knapp zu werden beginnen. Für traditionelle neoklassische Ökonomen ist das Problem "klar": Es geht nur mehr um die Bestimmung richtiger "Schattenpreise" für Naturgüter, und zwar möglichst in der

Form, dass sie als reale Preise auf möglichst perfekt funktionierenden Naturgutmärkten gebildet werden. Tatsächlich kann man derartige "Schattenpreise" als "Alternativkosten" im Sinne von Max Weber deuten. Für die Standardökonomik ist die Knappheit von Naturgütern in keiner Weise unterscheidbar von der Knappheit produzierter Güter, eben deswegen, weil die vielfältigen Leistungen der Natur nur als Inputs für Produktion und Konsum gesehen werden, nicht aber als eine eigenständige Lebensgrundlage menschlicher Existenz und damit als eine Produktionsvoraussetzung des Wirtschaftens schlechthin. Es geht aber dabei nicht nur um das abstrakte kognitive Problem, wie man "Wirtschaft" im Verhältnis zu "Natur" zu sehen hat – als Ober- oder Untersystem –, sondern auch um die praktische Leistungsfähigkeit des Preissystems auf realen Märkten, das gerade in dieser Hinsicht überfordert sein könnte, da sich hier kurzfristige Knappheitsminderung durch forcierte Ausbeutung auf laufenden Märkten über lange Zeit durch *sinkende* Preise ausdrücken kann, die in bemerkenswertem Widerspruch zu der damit einhergehenden Verschärfung der *langfristigen* Knappheit, ja Unverfügbarkeit erschöpflicher Ressourcen steht.

Genau an dieser Frage scheiden sich die Geister zwischen traditioneller und Ökologischer Ökonomie: Letztere betrachtet die Wirtschaft als einen - wenn auch sehr stark ausdifferenzierten und beängstigend angewachsenen - Teilbereich des Ökosystems; die mainstream economics sieht jedoch (wenn auch meist unausgesprochen) Natur primär als Inputlieferantin und damit das Ökosystem gerade umgekehrt als Teilbereich der Wirtschaft. Daly (1992) erkennt hier zu Recht einen grundlegenden Auffassungsunterschied, den er mit der Differenz zwischen ptolemäischem und kopernikanischem Weltbild vergleicht: So, wie nach Ptolemäus die Erde der Mittelpunkt des Universums war, ist für die mainstream economics die Wirtschaft das Zentrum aller menschlichen und nichtmenschlichen Aktivitäten. Genau aus diesem Grunde vermag sie auch keinen prinzipiellen Unterschied zwischen Natur- und Sachkapital zu erkennen und entscheidet sich, sofern sie sich überhaupt mit der Nachhaltigkeitsfrage befasst, für ein Konzept schwacher Nachhaltigkeit (weak sustainability). Es kommt nach dieser Auffassung dann nicht mehr auf den Naturerhalt als solchen

an, sondern allenfalls auf den Erhalt des aggregierten Wertes von Natur- und Sachkapital, und zwar unabhängig von der Art seiner Zusammensetzung (vgl. Nutzinger, 1995, S. 249).

Konzepte wie das der schwachen Nachhaltigkeit lassen sich ideologiekritisch leicht denunzieren als einen Versuch, die Frage des Ausmaßes unter die Allokations- und Effizienzproblematik zu subsumieren und damit, um nochmals den Vergleich zu physikalischen Weltbildern heranzuziehen, als Versuch, durch Konstruktion immer neuer Epizyklen die Vorstellung gleichmäßiger Kreisbahnen zu retten. Indessen: Die ideologiekritische Aufdeckung der Schwächen neoklassischer Umwelt- und Naturbetrachtung löst noch keineswegs das konkrete Problem, wie nun Fragen der Verteilung innerhalb von Generationen und zwischen den Generationen unter dem Gesichtspunkt des Naturerhalts positiv zu entscheiden sind. Auf diese Frage komme ich am Ende meines Vortrags zurück.

3. Inter- und intragenerationelle Verteilung sub specie naturae

Nach einer vielzitierten Formel der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED, 1987, S. 46) ist eine Entwicklung dann als nachhaltig zu bezeichnen, wenn sie "die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können". Die Attraktivität dieses Konzepts nachhaltiger Entwicklung ist offenkundig, denn dadurch wird es möglich, die durchaus divergierenden Vorstellungen und Interessen heutiger und künftiger lebender Menschen wenigstens begrifflich auf einen Nenner zu bekommen; wie die Diskussionen der letzten zehn Jahre gezeigt haben, war der Argwohn ökologischer Ökonomen nur zu berechtigt, dass hinter diesem Formelkompromiss die realen Interessendivergenzen verschleiert werden und eine allenfalls marginal korrigierte Wirtschaftspolitik des "Weiter so!" mit dem Markenzeichen "nachhaltig" oder "dauerhaft-umweltgerecht" bemäntelt wird.

Tatsächlich ist die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung dieser Gefahr stellenweise selbst erlegen; sie hat sich zwar zu dem Formelkompromiss der nachhaltigen Entwicklung durchgerungen, ihn aber inhaltlich so gefüllt, dass die Komponente der intergenerationellen Gerechtigkeit faktisch an den Rand gedrängt wurde. Das ist natürlich bei der zwangsläufig notwendigen Besetzung dieser Kommission mit heute lebenden Vertretern heutiger Generationen aus dem "reichen Norden" und dem "armen Süden" nicht verwunderlich. Zum einen werden, trotz gelegentlicher kritischer Andeutungen, die eindeutig nachhaltigkeitswidrigen Konsum- und Wachstumsmuster der industrialisierten Volkswirtschaften zum Maßstab wirtschaftlicher Entwicklung gemacht, an dem sich auch die Länder der "Dritten Welt" bei ihren Bestrebungen um eine "nachholende Entwicklung" ausrichten, ohne dass deutliche Aussagen über die Notwendigkeit von Beschränkungen und Verzicht in den entwickelten Volkswirtschaften getroffen werden.

Noch deutlicher wird diese Tendenz in der immer wieder aufscheinenden Gleichsetzung von nachhaltiger Entwicklung und nachhaltigem Wachstum, auf die insbesondere H. - J. Harborth (1991) hingewiesen hat. Besonders auffällig wird diese Äquivokation von sustainable development und sustainable growth in nahezu hymnischen Sätzen der Weltkommission wie den folgenden:

"Die Menschheit wäre durchaus in der Lage, die Voraussetzungen für eine dauerhafte Entwicklung zu schaffen; eine Entwicklung, die den gegenwärtigen Bedarf zu decken vermag, ohne gleichzeitig späteren Generationen die Möglichkeit zur Deckung des ihren zu verbauen. Zwar schließt ein solches Konzept eines dauerhaften Wachstums Grenzen ein - doch sind dies keine absoluten Grenzen. Es sind vielmehr lediglich technologische und gesellschaftliche Grenzen, die uns durch die Endlichkeit der Ressourcen und die begrenzte Fähigkeit der Biosphäre zum Verkräften menschlicher Einflussnahme gezogen sind. Technologische und gesellschaftliche Entwicklungen aber sind beherrschbar und können auf einen Stand gebracht werden, der eine neue Ära wirtschaftlichen Wachstums ermöglicht" (WCED 1987, S. 9 f.).

Diese weitgehende Gleichsetzung von Wachstum und Entwicklung ist natürlich unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten äußerst problematisch, denn es bedürfte schon heroischer Annahmen über die Grenzenlosigkeit und Ubiquität technischen Fortschritts, wenn man in einer biophysikalisch vielfach begrenzten Welt an der Schrankenlosigkeit wirtschaftlichen Wachstums festhalten wollte. Sie ist aber nicht nur Ausdruck alten ptolemäischen Denkens seit Adam Smith, das einen stationären Zustand der Wirtschaft nur als "trübe" ("dull") auffassen kann.

Entscheidender ist die Tatsache, dass der Nachhaltigkeitsbegriff durch zwei starke distributive Komponenten charakterisiert ist, nämlich der Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der heute lebenden Menschen und zwischen heutigen und künftigen Generationen, deren Einlösung unter stationären Bedingungen als aussichtsloser Kampf um einen gleichbleibenden oder gar schrumpfenden Kuchen erscheinen muss. Die optimistischen Annahmen der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung und späterer Autoren über hohe Wachstumsraten unter den Bedingungen nachhaltiger Entwicklung kommen nicht von ungefähr: Will man aus nahe liegenden politischen Gründen auf eine (schwer durchsetzbare) Umverteilung von Besitzständen "reicher Länder" zugunsten "ärmerer Länder" und heute lebender Menschen zugunsten künftiger Generationen verzichten und sich stattdessen auf die (eher durchsetzbare) Umverteilung von Bestandszuwächsen beschränken, dann bedarf es allerdings hoher Wachstumsraten, wenn man dem Ziel der Gerechtigkeit im Sinne einer Verminderung von Ungleichheit auch nur längerfristig nahe kommen will. Verstärkt wird diese Wachstumsorientierung noch durch die dabei vertretene "engine of growth"-Theorie wirtschaftlicher Entwicklung, die weiterhin die Industrieländer als "Wachstumslokomotiven" der "Dritten Welt" sieht.

Genau hierin liegt die Crux von intra- und intergenerationeller Verteilungsgerechtigkeit im Konzept der nachhaltigen Entwicklung: Hohe Wachstumsraten lassen eine Umverteilung von Zuwächsen im Sinne von Gerechtigkeitszielen als politisch

praktikabel erscheinen, und sie bedeuten keine Abkehr vom Pareto-Prinzip traditioneller Ökonomik, denn es kann dann "den Ärmern" und "den künftigen Generationen" mehr gegeben werden, ohne dass von "den Reichen" und "den heute lebenden Menschen" etwas genommen werden müsste. Hohe Wachstumsraten, daran kann aber trotz aller begrüßenswerten und notwendigen Effizienzfortschritte in einzelnen Bereichen kein Zweifel bestehen, sind mit einem ernstgemeinten Konzept von Nachhaltigkeit im Sinne des Naturerhalts unvereinbar, nicht zuletzt deswegen, weil in vielen Fällen durch mengenmäßige Zunahme des Ausmaßes per Saldo die Effizienzfortschritte pro Leistungseinheit mehr als aufgeessen werden. Das Drei-Liter-Auto, attraktives "Öko-Modell" industrialisierter Volkswirtschaften, wäre weltweit eine ökologische Katastrophe allerschlimmsten Ausmaßes.

4. Die Rolle der Ethik

Eines ist klar: Die Verknüpfung von Naturerhalt und inter- sowie intragenerationeller Verteilung im Konzept der nachhaltigen Entwicklung erleichtert die Aufgabe nicht. Soll aber nachhaltige Entwicklung nicht zum bloßen Schlagwort der 90er Jahre verkommen, so erfordert Nachhaltigkeit theoretisch und praktisch eine Abkehr vom traditionellen Wachstums- und Wohlstandsmodell und vermutlich eine uns heutigen Menschen ganz ungewohnte und vielleicht unverständliche Bereitschaft zum Teilen und zum Verzichten.¹ In dieser Fassung, als Verzichts-

¹ Bei sehr optimistischen Annahmen über Ubiquität und Geschwindigkeit des technischen Fortschritts ist es natürlich vorstellbar, dass „nachhaltiges Wachstum“ eine realistische Alternative zum schwierigen Verzicht darstellt, der ja auch seinerseits entwicklungshemmende Beschränkungen für die Länder der Dritten Welt (wie die Verringerung ihrer Absatzmöglichkeiten in den Industrieländern) mit sich bringen kann. Sollte dieser Optimismus, den einige Teilnehmer in der Diskussion zum Vortrag vertreten haben, sachlich berechtigt sein, so würde der oben beschriebene Konflikt entschärft und die problematische Rolle der Ethik erheblich reduziert. Die weniger optimistische Variante, von der in diesem Beitrag ausgegangen wird („ohne Verzicht werden wir es nicht schaffen“ – eine empirische, nicht etwa eine normative Behauptung), sollte daher methodisch einfach als „worst case“-Szenario betrachtet werden, nicht als apodiktische Behauptung, dass keine optimistischeren

problem, erscheint Nachhaltigkeit schwerlich erreichbar und die Ethik – eben als Verzichtsethik – überlastet. Tatsächlich würde ich aber hier eher für eine Klugheitsethik plädieren, die aus einer Schwierigkeit – dass nämlich die meisten Umweltprobleme (wie Bedrohung des Erdklimas und Zerstörung von Biodiversität) globaler Natur sind und daher nur weltweit gelöst werden können – einen prozeduralen Vorteil zieht.

Die genannte Schwierigkeit lässt sich nämlich positiv in ein sophistiziertes Vorteilskalkül übersetzen: Da z. B. die befürchtete Klimaerwärmung von den Ländern des Nordens und des Südens nur gemeinsam abgewendet werden kann, wird es primär nicht um abstrakte Gerechtigkeitsprinzipien im Verhältnis der beiden Ländergruppen (und innerhalb dieser Gruppen) gehen, sondern vor allem um die Verknüpfung wechselseitiger Vorteile in einem gemeinsam zu schnürenden "Klimapaket". Damit wird, wenn auch auf weitaus umfassenderer und im Detail wesentlich komplizierter auszugestaltender Ebene, das traditionelle ökonomische Vorteilskalkül wieder in sein Recht gesetzt. Selbstverständlich werden bei dem Zustandekommen weltweiter Konventionen argumentativ auch Gerechtigkeitsgesichtspunkte in den Verhandlungsprozess eingebracht werden,² aber diese Argumente erhalten dann zusätzliches Gewicht dadurch, dass in der Tat die Länder des Südens ohne die Unterstützung der Industrieländer nicht in der Lage sein werden, ihren Beitrag zur

Szenarien gedanklich vorstellbar sind. Zur materiellen Begründung der hier vertretenen skeptischeren Perspektive sei nur darauf verwiesen, dass bisher in den meisten Bereichen, wie etwa chemische Industrie und Verkehr, empirische Effizienzgewinne in der Regel durch eine mindestens gleich große Ausweitung des physischen Aktivitätsvolumens ausgeglichen, ja sogar überkompensiert wurden.

² Daly (1999), einer der führenden Vertreter der Ökologischen Ökonomie, plädiert dagegen für eine religiös fundierte und um den Gerechtigkeitsgedanken zentrierte "alttestamentarische Ethik" als Basis praktischen ökonomischen Handelns im Hinblick auf den Naturerhalt. Diesen Weg möchte ich deswegen nicht beschreiten, weil er in einer säkularisierten Welt ohne allgemein verbindliche religiöse Normen nicht hinreichend verallgemeinerungsfähig ist, auch wenn ich hierin wichtige Anregungen für individual-ethisches Verhalten erkennen kann. Was aber kann man einem Menschen entgegenhalten, der sich nicht auf eine derartige religiös begründete Ethik einlassen will? Das oben angedeutete Klugheitskalkül erscheint mir daher weitaus eher verallgemeinerungsfähig und in diesem Sinne auch aussichtsreicher.

Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen zu leisten. Wir werden die Brandrodungen in den tropischen Regenwäldern nicht allein durch den Hinweis auf deren erhebliche ökologische Gefährlichkeit und ihren geringen ökonomischen Ertrag abwenden können, sondern nur dann, wenn wir bei der Entwicklung realistischer Alternativen, wie etwa dem Aufbau sozialer Sicherungssysteme zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums, ideell und finanziell mithelfen. Eine derartige Klugheitsethik bringt das Gerechtigkeitsproblem erneut in die globale Wirtschaft, aber in einer Form, in der es wenigstens prinzipiell in der ökonomischen Theorie und, noch wichtiger, in der wirtschaftlichen Praxis behandelbar wird. Ich glaube, nur so werden unter den Bedingungen der Moderne langfristiger Naturerhalt und menschliches Überleben unter menschenwürdigen Bedingungen möglich sein.

Literatur:

- Binswanger, Mathias: "Sustainable Development: Utopie in einer wachsenden Wirtschaft", in: Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht, 18. Jg. (1995), S. 1 – 19.
- Costanza, Robert (Hg.): Ecological Economics. The Science and Management of Sustainability. New York - Oxford: Columbia University Press 1991.
- Costanza, Robert et al.: An Introduction to Ecological Economics. Boca Raton, Florida: St. Lucie Press 1997.
- Daly, Herman E.: "Allocation, distribution, and scale: towards an economics that is efficient, just and sustainable", in: Ecological Economics, 6 (1992), S. 185 - 193.
- Daly, Herman E.: Wirtschaft jenseits von Wachstum. Salzburg: Anton Pustet 1999.
- Hampicke, Ulrich: Ökologische Ökonomie. Opladen: Westdeutscher Verlag 1993.
- Hampicke, Ulrich: "Ökologische Ökonomie", in: M. Junkernheinrich u. a. (Hg.): Handbuch zur Umweltökonomie. Berlin: Analytica, 1995, S. 138-144.
- Harborth, H. - J.: Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung. Eine Einführung in das Konzept des 'sustainable development'. Berlin: edition sigma 1991.
- Lembke, Hans H.: "Umweltpolitik in der Nord-Süd-Dimension - UNCED 1992 und danach -", in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, Jg. 5 (1992), S. 322 – 334.
- Norton, Bryan G.: "Intergenerational equity and environmental decisions: a model using Rawls' veil of ignorance", in: Ecological Economics, 1 (1989), S. 137 – 159.
- Nutzinger, Hans G.: "Das System der natürlichen Freiheit bei Adam Smith und seine ethischen Grundlagen", in: Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 9, Frankfurt/M. – New York: Campus 1991, S. 79 – 100.

- Nutzinger, Hans G.: Nachhaltige Wirtschaftsweise und Energieversorgung. Konzepte, Bedingungen, Ansatzpunkte. Marburg: Metropolis 1995.
- Pearce, David: "Economics, Equity and Sustainable Development", in: Futures, Dezember 1988, S. 598 – 605.
- WCED (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung): Unsere gemeinsame Zukunft. Grevén: Eggenkamp 1987.
- Weber, Max: "Die 'Objektivität' sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis" (1904), hier zitiert nach: ders.: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 5. Aufl., Tübingen: J. C. B. Mohr 1982, S. 146 – 214.

